

**Rede
des Sprechers für Bauen und Wohnen**

Alptekin Kirci, MdL

zu TOP Nr. 26b

Aktuelle Stunde

**Wenn Miete arm macht - Niedersachsen braucht
mehr sozialen Wohnungsbau!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/9628

während der Plenarsitzung vom 08.07.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir alle wissen seit langem, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland sinkt. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat sich die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung in Deutschland halbiert.

Offensichtlich handelt es sich also nicht allein um ein niedersächsisches Problem. Niedersachsen schneidet hier auch nicht schlechter als die anderen Bundesländer ab, wie die Grünen behaupten. Gemessen an der Zahl der Sozialwohnungen pro 1.000 Einwohner*innen lag Niedersachsen 2015 bei einer Zahl von elf. Das Flächenland Bayern wies denselben Wert auf, das grün regierte Baden-Württemberg kam zur gleichen Zeit übrigens nur auf sechs.

Soviel also zum Rote-Laternen- und Schwarze-Peter-Spiel. Das ist beliebig und hilft niemandem, der mit geringem Einkommen eine angemessene und bezahlbare Wohnung finden will. Wir alle wissen, dass sich die Gesamtzahl der Wohnungen in Sozialbindung bis 2022 weiter verringern wird.

Die rein statistische Betrachtungsweise ist ohnehin rückwärtsgewandt. Dennoch kann der Blick in die Vergangenheit lohnen. Die Grünen hätten dann zur Kenntnis nehmen können, dass Niedersachsen einiges unternimmt, um dem negativen Trend bei der Zahl der Sozialwohnungen zu begegnen.

Unser Bauminister Olaf Lies hat das Bündnis für bezahlbares Wohnen ins Leben gerufen. In diesem Bündnis sind alle relevanten Teilnehmer*innen versammelt, und sie haben die Voraussetzungen festgelegt, wie und unter welchen Voraussetzungen der gesamte Wohnungsmarkt und Wohnungsneubau zu beleben ist.

Dies wird politisch durch ehrgeizige, quantitative Ziele und eine Finanzkulisse begleitet, die unser Bundesland bisher in Größe und Höhe noch nicht erlebt hat. Mit 400 Millionen Euro aus Landesmitteln und einer Gesamtförderung von 1,7 Milliarden Euro durch weitere Bundesmittel bis 2023. Das Ziel ist und bleibt, 40.000 neue Wohnungen mit Sozialbindung bis 2030 entstehen zu lassen.

Anrede!

Das ist ehrgeizig, und wir alle wünschen ein höheres Bautempo. Dem steht ein Mangel an Flächen gegenüber, die Baupreise steigen wegen knapper Baurohstoffe, und die verfügbaren Baukapazitäten sind ebenfalls knapp. Das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes räumt den Kommunen Vorkaufsrechte zum Verkehrswert ein, um Flächen dem Spekulationsdruck zu entziehen. Grund und Boden wollen wir wegen seines besonderen Charakters, vergleichbar mit Luft und Wasser, den sozialen Regeln des Allgemeinwohls unterstellen. Als SPD

hätten wir uns hier noch weitergehende Regelungen gewünscht! Denn „Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar.“, wie Hans-Jochen Vogel zurecht festgestellt hat.

Anrede!

In Niedersachsen werten wir die verfügbaren Räume mit dem Quartiersgesetz auf. Wir verändern die Niedersächsische Bauordnung, um Nachverdichtung, Aufstockung und Holzbauweise zu erleichtern und Bauverfahren zu beschleunigen, etwa mit der elektronischen Bauakte. Und vor allem verbinden wir damit Ziele des Klimaschutzes.

Und ich habe noch nicht mal alle Initiativen unseres Bauministers Olaf Lies aufgezählt!

Wir wollen den Bau von Wohnungen in diesem Gesamtbild fördern. Es kann auch nicht anders sein, wenn wir Wohnungen erstellen wollen, die über einen Zeitraum von dreißig Jahren tauglicher Wohnraum sein sollen.

Das Land hat inzwischen den politischen Willen erklärt, diese Entwicklung nicht ausschließlich den bewährten Partner*innen im Wohnungsbau zu überlassen, sondern will auch selbst mit einer Landeswohngesellschaft in diese Entwicklung eingreifen.

Bedeutsam wird aber sein, diese Gesellschaft so vorzubereiten, dass sie im Zuge ihrer Errichtung relativ schnell zur Entwicklung neuen Wohnraums beiträgt. Übrigens mit allen qualitativen Aufgaben, die sie dann erfüllen muss. Etwa im Hinblick darauf, Ziele wie Barrierefreiheit, ausreichenden Wohnraum für Alleinerziehende oder gemeinschaftliche Wohnformen für ältere Menschen oder Benachteiligte zu erreichen.

Das setzt Kapital und die Gewinnung geeigneten Personals voraus, hinreichende Marktkenntnisse und Vorstellungen davon, wie Wohnungen über einen Nutzungszeitraum von dreißig Jahren künftigen sozialen und urbanen Herausforderungen oder denen des Klimaschutzes genügen sollen.

Anrede!

Insofern ist Ihre Forderung nach einer raschen Errichtung einer solchen Gesellschaft wohlfeil. Dass die Grünen einen gewissen Nachholbedarf haben, soziale Themen vor dem Kommunalwahlkampf zu besetzen, will ich zugestehen.

Ich teile die Einschätzung, dass einerseits der Wegfall der Wohnungen mit

Sozialbindung und dass noch geringer Neubau dieser Wohnungen uns besorgen müssen. Dennoch: Seien Sie gewiss, dass Themen wie sozialer Wohnungsbau bei Sozialdemokrat*innen am besten aufgehoben sind.

Wir denken und projektieren diese Themen im notwendigen Maßnahmenumfang, zu dem in absehbarer Zeit auch eine Landeswohngesellschaft mit einem umfassenden und in die Zukunft weisenden Aufgabenkatalog beitragen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.